

Volkstimme

Einzelpreis 18 Pfennig.

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volkstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Emil Müller, Magdeburg. — Verantwortlich für Anzeigen: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. Pannitzsch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprechnummer für Anzeigen Nr. 1567, für die Redaktion Nr. 1794 für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis vom 7. bis 13. Januar 70 Pfennig, Abholer 65 Pfennig.

Anzeigenpreise in Goldpfennigen: Die 10gepaltenen, 27 Millimeter breite Monoparallelsätze örtlich 20 Pfennig, auswärts 30 Pfennig, Familienanzeigen und Stellenanzeigen 12½ Pfennig, Vereinskalender 20 Pfennig, die dreigealtene 90 Millimeter breite Reklameseite örtlich 100 Pfennig, auswärts 150 Pfennig. (Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 120.) Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Druckvorarbeiten keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 5.

Magdeburg, Sonntag den 6. Januar 1924.

35. Jahrgang.

Die Offensive der Unternehmer.

Der Verfall der und die übrigen Friedensverträge enthielten jedenfalls eine vernünftige Bestimmung: die internationale Festlegung des Achtstundentags. Diese Bestimmung war der Ausdruck der gesteigerten Machtstellung, die die Arbeiterklasse während des Krieges und beim Friedensschluß erlangt hatte. Aber während Sieger und Besiegte über alle andern Punkte des Friedensvertrags sehr entgegengesetzter Meinung waren, gegen den Fortschritt in der internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung liefen die Unternehmer aller Länder gemeinsam Sturm.

Die schwere Wirtschaftskrise, die in den meisten Ländern in der zweiten Hälfte 1920 einsetzte und seitdem andauert, schwächte überall die Position der Arbeiterklasse. Sie mußte sich in England und den Vereinigten Staaten nicht nur einen empfindlichen Lohnabbau, sondern auch eine Verlängerung der Arbeitszeit gefallen lassen. Die großen Abwehrkämpfe gingen zumeist verloren. Deutschland blieb infolge der Inflationskonjunktur von Arbeitslosigkeit verschont. Das änderte sich plötzlich seit der Einstellung des passiven Widerstandes. Die Zerstückelung des deutschen Wirtschaftsgebietes, die Abtrennung der Industrie des unbefestigten Gebietes von den Rohstoffquellen mußte eine schwere Krise erzeugen, als das Reich die Gewährung der Kredite und die Zahlung von Arbeitslöhnen einstellen mußte. Mit furchtbarer Wucht brach die Arbeitslosigkeit herein, während die Arbeiterklasse durch die rapide Geldentwertung aller Reserven beraubt und die Gewerkschaften in ihrer finanziellen Kraft geschwächt waren.

Diesen Zeitpunkt wählten die Unternehmer für ihre große, ungestüm geführte Offensive. Die Schwerindustriellen eröffneten den Feldzug gegen die sozialistischen Minister und kündeten gleichzeitig an, daß sie ihre Betriebe im besetzten Gebiet ohne Rücksicht auf die gesetzlichen Bestimmungen nur öffnen würden, wenn die Arbeiterklasse der Vorkriegsarbeitszeit zustimmte. Sie enthüllten dabei in unvergeßlicher Weise ihren „Patriotismus“. Während sie ihre ganze wirtschaftliche und politische Macht dazu ausnützten, um über die durch die plötzliche Krise im Augenblick geschwächte Arbeiterklasse herzufallen, der sie bis dahin als Stützen des Abwehrkampfes unverbrüchliche Treue gelobt hatten, hielten sie zugleich beim General Degoutte um Unterstützung der fremden Militärmacht zur Verlängerung des Arbeitstags.

Zu dem Kampfe für den Achtstundentag war die Sozialdemokratie politisch isoliert. Keine bürgerliche Partei lehnte dem Drängen der Unternehmer ernsthaften Widerstand entgegen. Festgehalten muß auch werden, daß ein Teil der christlichen Gewerkschaften oder wenigstens ihre Führer, soweit sie unter dem Einfluß Stegerwalds stehen, den Unternehmerstandpunkt unterstützten und den Achtstundentag preisgaben. Die von den Sozialisten gereinigte bürgerliche Regierung bewies den Unternehmern größtes Entgegenkommen. Der Arbeitsminister Braun, die sozialpolitische Autorität des Zentrums, hatte sich immer mehr zu einem Gegner des Achtstundentags entwickelt. Er wollte ihn nur für besonders schwere oder gesundheitlich schädigende Arbeit als „sanitären Maximalarbeitstag“ gelten lassen, im übrigen aber den Unternehmerwünschen Rechnung tragen. So war es denn die erste Tat der rein bürgerlichen Regierung, daß sie die Demobilisierungsverordnungen über die Arbeitszeit, die am 17. November 1923 abließen, nicht mehr verlängerte. Die Sozialdemokratie hatte es bei der ersten Krise des Kabinetts Stresemann durchgesetzt, daß eine Veränderung der Arbeitszeit nur auf parlamentarischem Wege, also durch Gesetz, vorgenommen werden sollte. Es wäre Pflicht der Regierung gewesen, diesen parlamentarischen Weg einzuhalten und unterdes die Demobilisierungsverordnung zu verlängern. Die Unternehmer haben diese Zeit benutzt, um in zahlreichen Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit zu erzwingen.

Erst am 31. Dezember erschien, datiert vom 21. Dezember, die neue, von uns bereits veröffentlichte Verordnung über die Arbeitszeit. Sie hält bekanntlich am Achtstundentag prinzipiell fest, läßt aber eine ganze Reihe von Ausnahmen zu. Zunächst können die Unternehmer ganz allgemein an 30 Tagen im Jahre die Arbeitszeit bis zu zwei Stunden verlängern. Dann kann die Arbeitszeit durch Tarifverträge gleichfalls bis zu 10 Stunden ausgedehnt werden. Das bedenklichste ist, daß eine Verlängerung aus betriebswirtschaftlichen oder allgemein wirtschaftlichen Gründen auf behördlichem Wege (durch den zuständigen Gewerbeaufsichtsbeamten) zulässig ist, soweit eine tarifliche Regelung nicht vorhanden ist. Nimmt man noch

hinzu, daß für Gewerbebetriebe, bei denen in einem regelmäßigen oder erheblichen Umfang Arbeitsbereitschaft vorliegt, durch den Reichsarbeitsminister ebenfalls verlängerte Arbeitszeit für zulässig erklärt werden kann, so gelangt man zu dem Urteil, daß die Arbeitszeitverordnung die Position der Arbeiterklasse in dem Kampf um den Achtstundentag geschwächt hat, es immerhin aber in erheblichem Maße von der Anwendung des Gesetzes in der Praxis abhängen wird, wie weit der Achtstundentag noch erhalten werden kann.

Das bedeutet für die Arbeiterklasse ein Doppeltes: Zunächst ist die Frage der Arbeitsdauer in höherem Maß als vorher wieder zum Kampfbild der Gewerkschaften geworden. Sie wird den wichtigsten Streitgegenstand beim Abbau aller Tarifverträge bilden. Es kommt alles darauf an, wie stark die Macht der Gewerkschaften, die Disziplin und Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder ist. Manche jungen Gewerkschaftsmitglieder und erst recht manche indifferent gewordenen Arbeiterkreise haben, gesichert durch die bisherige Gesetzgebung, die Bedeutung gewerkschaftlicher Organisation und umsichtiger Führung der Arbeitskämpfe verkannt. Jetzt muß sich jeder Arbeiter sagen, daß nur Stärkung der Gewerkschaften und straffe Disziplin der Mitglieder dem Unternehmertum gewachsen sein wird. Zum zweiten aber hängt die Anwendung des Gesetzes von den Gewerbebehörden, d. h. den Landesregierungen und dem Reichsarbeitsminister ab. Je stärker also der politische Einfluß der Sozialdemokratie in den Parlamenten der Einzelstaaten und des Reiches sein wird, desto geringer können die Ausnahmen vom Achtstundentag sein. Der Ausfall der Reichstagswahlen entscheidet also in großem Umfang über das Schicksal des Achtstundentags in der nächsten Zeit.

So gefährlich und schädlich die Ausnahmebestimmungen, die die neue Arbeitszeitverordnung schafft, auch sind, dem Unternehmertum genügt das alles nicht. Es will die Beilegung jeder gesetzlichen Regelung der Arbeitszeit. In einem Artikel des Berliner Stimmorgans „Der unsterbliche Achtstundentag“ wird in ödestem Manierismus jede Einmischung des Staates verworfen von demselben Unternehmertum, das diese Einmischung für Aufrechterhaltung ihrer Schutzrolle, für Niederhaltung „ihrer“ Arbeiterklasse nicht dringend genug fordern kann. Ebenso heftig wendet sich das Stinnesblatt aber auch gegen die „Einmischung“ der Gewerkschaften gegen die tarifliche Regelung der Arbeitsbedingungen. Die Unternehmer wollen wieder wie im Kriege Herrten im eignen Hause sein und mit ihren Arbeitern im Betriebe die Löhne und Arbeitsdauer festsetzen; sie wollen, mit einem Wort, ihre Wirtschaftsdiktatur wieder haben. Deshalb genügt ihnen der Rückzug der Regierung noch immer nicht und daher die Anfeindung, daß der Kampf gegen den Achtstundentag mit aller Macht fortgesetzt werden wird.

Auch dieser Kampf wird sowohl wirtschaftlich als politisch entschieden werden, und die Arbeiterklasse hat alle Ursache, dem Unternehmertum für seine Offenheit dankbar zu sein. Denn nichts kann die Aufklärungsarbeit der Sozialdemokratie mehr erleichtern als das offene Bekenntnis des Unternehmertums zur wirtschaftlichen und politischen Diktatur. Auch darauf werden die Wahlen und die Organisationsarbeit der Gewerkschaften die Antwort zu erteilen haben. Und in bezug auf die Arbeitszeit darf die Antwort nur lauten: Der unsterbliche Achtstundentag! —

Ministerpräsidentenwahl in Sachsen

Aus Dresden wird uns berichtet: Vor überfüllten Tribünen wurde am Freitag die Landtagsführung eröffnet. Nach kurzer Geschäftsordnungsdebatte machte Ministerpräsident Felliich Mitteilung von einem Schreiben des Landesarbeitsausschusses der Sozialdemokratischen Partei an die Regierung, in dem auf Grund des Artikels 36 der sächsischen Verfassung ein Volksbegehren über die Auflösung des Landtags beantragt wird. Das Gesamtministerium habe sich entschlossen, diesem Antrag stattzugeben. Eine entsprechende Verordnung ist bereits am Freitag nachmittag veröffentlicht worden.

Nach Eintritt in die Tagesordnung erklärte der Vorsitzende unserer Fraktion, Genosse Wirth, daß die Sozialdemokratie immer wieder versucht habe, die vorhandene proletarische Mehrheit zu positiver Gesetzgebungsarbeit einzustellen. Diejenige Ziele zuliebe hat sie in selbst-

loster Weise neben andern eine ganze Anzahl jähiger und altbedährter Parteiführer geopfert. Die Kommunistische Partei will und wollte aber keine positive Arbeit für das Volk. Sie hat erst kürzlich durch den Abg. Böttcher erklären lassen, daß sie auch nach den Wahlen eine sozialdemokratische Regierung nicht unterstützen werde. Nach dieser Erklärung würde eine Neuwahl, weil sie kein anderes Verhältnis der Kommunistischen Partei zur praktischen Gesetzgebungsarbeit ergeben würde, eine zwecklose Vergeudung von Zeit und Geld sein. Die Fraktion, die durch das Vorgehen der Kommunisten vor die entschiedene Frage gestellt wurde, den Landtag aufzulösen ohne Aussicht auf Veränderung des Kräfteverhältnisses, oder in eine Koalition mit bürgerlichen Parteien einzutreten, hat sich für das letztere entschieden. Die Fraktion tritt daher in klarer Absicht und voller Verantwortung vor ihren Wählern in eine Koalition mit jenem Teile des Bürgertums ein, der sich vorbehaltlos bereit erklärt hat, die Republik zu erhalten und zu stützen sowie der Sozialfürsorge seine Kräfte zu widmen. Die sozialdemokratische Fraktion schlägt daher zum Ministerpräsidenten den jetzigen Finanzminister Geld vor.

Genosse Schwarz erklärte namens der Fraktionsminderheit, der außer Felliich, Liebmann, Graupe, Arzt, Edel, Wedel und Menke noch sieben weitere Genossen angehören, daß die Minderheit nicht imstande sei, dem für das Kabinett der großen Koalition in Vorschlag gebrachten Ministerpräsidenten ihre Stimme zu geben. Ihre weitere Stellungnahme dem neuen Kabinett gegenüber werde sie von den Entschlüssen des sächsischen Parteitags abhängig machen.

Der kommunistische Abg. Böttcher bezeichnete die neue Regierung als das letzte Übergangskabinett bis zur Durchführung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse und fand sich im übrigen mit dem deutschen nationalen Sprecher zusammen, der erklärte, daß die Koalition eine Episode bleibe und von den Neuwahlen abgelöst werden würde.

Der demokratische Fraktionsführer Seyfarth betonte die Notwendigkeit der großen Koalition, die endlich dem Zustand ein Ende mache, daß die parlamentarischen Kräfte lediglich durch Regierungskrisen aufgebraucht werden. Ähnlich äußerte sich der volksparteiliche Abg. Kasper, der sich für eine Politik der Verständigung und positiven Arbeit innerhalb der Regierung und des Landtags aussprach.

An der Wahl des Ministerpräsidenten nahm die sozialdemokratische Fraktionsminderheit nicht teil. Es wurden 79 Stimmzettel abgegeben; auf den Abg. Geld (Soz.) entfielen 52, auf den Abg. Hoffmann (dt.-natl.) 17 und den kommunistischen Abg. Böttcher 10 Stimmen.

Der neue Ministerpräsident Geld wurde darauf durch den Landtagspräsidenten Genossen Winkler auf die Berufung vereidigt.

In zweiter Beratung wurde schließlich der kommunistische Antrag auf Auflösung des Landtags mit den Stimmen der Volkspartei, Demokraten und der Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion abgelehnt.

Die nächste Sitzung findet am Dienstag statt. Auf der Tagesordnung steht die Regierungserklärung.

Die Verhandlungen über die Neubildung der Regierung sind in der Personenfrage so gut wie beendet. Das neue Kabinett wird sich wie folgt zusammensetzen: Ministerpräsident Geld (Soz.), Inneres Müller (Chemniz, Soz.), Finanzen Dr. Reinhold (Dem.), Arbeit Georg Elzner (Soz.), Kultus Dr. Kasper (Dt. Bg.), Justiz Buenger (Dt. Bg.). Genosse Felliich, der für das Wirtschaftsministerium in Aussicht genommen und kein prinzipieller Gegner der großen Koalition ist, hat seine Zusage noch nicht gegeben, da er seinen Eintritt in das Kabinett von den Beschlüssen des Parteitags abhängig machen will. Dr. Reinhold war bereits Finanzminister im Kabinett Bud. —

Die Ministerverhaftung in Thüringen.

Nach einer Mitteilung aus Weimar ist die Verhaftung des Ministers Herrmann auf die Angeberei der Bezirksleitung des Deutschen Beamtenbundes zurückzuführen. Allen Anschein nach haben an der Verhaftung auch Reichswehrbehörden mitgewirkt.

Verleumderische Angeberei als Mittel im politischen Kampf ist im Bürgertum Thüringens sehr beliebt. Wir erinnern an den Fall Müller-Brandenburg.

Der Krieg war verloren, noch ehe er begonnen hatte. Trotzdem hat Conrad, damals der mächtigste Mann von Wien, den Krieg gegen Serbien nicht vermeiden wollen, und von Berlin her fiel ihm niemand in den Arm.

Die Geschichte von der alleinigen Kriegsschuld Deutschlands ist ein Schwindel. Aber mag man über die Moral der einstigen Machthaber von Berlin und Wien im Vergleich zu jener der andern Regierungen denken wie man will, an politischer Einsichtslosigkeit haben sie ein Beispiel geliefert, dessen gleichen man in der Weltgeschichte nicht findet. Wären sie vor dem Richterstuhl der Entente auch rein wie die Engel, so blieben sie doch vor dem ihrer eignen Völker schuldig, denn sie haben ihre eignen Völker, wie Conrads Zeugnis von neuem beweist, in den größten aller Kriege hineingeführt mit der sichern Aussicht auf die totale Niederlage.

Wenn jetzt ihre deutschnationalen und böllischen Agenten die Schuld an dem Geschehenen denen aufbürden wollen, die alles getan haben, um die Niederlage zu vermeiden — indem sie den Krieg vermeiden und später nach seinem Ausbruch ihn noch vor der Niederlage mit einem billigen Frieden beenden wollten —, dann kann man nur über die Dummheit und Blindheit der Menschen trauern, die solche Bürgenmärchen glauben. —

Die Berliner Aussperrung.

Im Verlauf des Freitags haben die Berliner Metallindustriellen den Rest der Belegschaften der Betriebe, die sich ihrem Diktat nicht fügen wollten, ausgesperrt. Schon am Donnerstag hat der Reichsarbeitsminister den früheren Reichsminister Genossen Wissell zum Schlichter bestellt, der auch sofort eine Verhandlung zur Beilegung des Kampfes anberaumt hat. Die Unternehmer haben jedoch die Unbefangenheit Wissells angezweifelt und den Reichsarbeitsminister zur Entscheidung angerufen, der aber den Einspruch als unbegründet zurückgewiesen hat. Wissell hat darauf den Verständigungsveruch fortgesetzt, ein Schiedsgericht ernannt und die Parteien für Freitag nachmittag vorgeladen.

Das Schiedsgericht besteht aus je zwei Beisitzern der Arbeiter und Arbeitgeber, von denen keiner der Metallindustrie angehört. Wissell eröffnete nachmittags 3 Uhr die Sitzung des Schiedsgerichts und teilte den anwesenden Vertretern der Metallarbeiter mit, daß die Arbeitgeber nicht erschienen seien, daß eine Verhandlung also nicht stattfinden könne. Er wolle aber noch einen letzten Versuch der Verständigung machen. Er gab deshalb den Arbeitgebern eine Bedenkzeit von 12 Stunden und setzte die nächste Sitzung des Schiedsgerichts auf Sonnabend vormittag 10 Uhr an. Die neue Sitzung könne nur dann vertagt werden, wenn beide Parteien einen dementsprechenden Antrag stellen.

Einer der Arbeitgeberbeisitzer, Direktor Krümer, trat nach der Sitzung an die Vertreter der Metallarbeiter heran und teilte ihnen mit, die Unternehmer seien bereit, persönlich mit ihnen zu verhandeln. Die Arbeitervertreter glaubten dieses Anerbieten nicht ablehnen zu sollen, damit ihnen nicht nachgesagt werden könne, sie hätten irgend etwas unterlassen, was eine Aussicht auf Wiederherstellung des von ihnen nicht gestörten Friedens bieten könnte. Man verständigte sich nun dahin, daß die Verhandlungen zwischen den Vertretern der Parteien heute Sonnabend, 8 Uhr früh, stattfinden. Wenn sich die Parteien in dieser Sitzung nicht einigen, tritt das Schiedsgericht um 10 Uhr im Reichsarbeitsministerium wieder zusammen und wird, wenn die Unternehmer nicht erscheinen, einen Schiedsspruch fällen.

Es bleibt zweifelhaft, ob die direkten Verhandlungen zwischen den Parteien den Konflikt beilegen werden. Denn den Unternehmern scheint der Appetit beim Essen gekommen zu sein. Das geht aus einer Betrachtung der hollsparteilichen „Zeit“ hervor, daß „schließlich auch die Arbeitszeit einen Teil des gesamten Verhandlungskomplexes bildet“. Die Unternehmer wollen also nicht nur den Lohn unerträglich herabdrücken, sondern gleichzeitig den Achtstundentag beseitigen. Solches Verlangen am Verhandlungstisch könnte aber keine Einigung herbeiführen, sondern würde die Abwechslung der Arbeiter nur noch enger zusammenschließen. —

Der Schlußakt im Hamburger Trauerpiel.

Er dauert sehr viel länger als der blutige Kommunismusputz und spielt sich vor den Schranken des außerordentlichen Gerichts ab. Angeklagte auf Angeklagte erscheinen auf der Szene, meist jüngere Leute, die in ihrer Unerfahrenheit kommunistischen Drahtziehern auf den Leim trafen und nun teils freigesprochen werden, teils ins Gefängnis wandern müssen. So geht es seit Monaten.

Am Donnerstag fand wieder eine große Sache zur Verhandlung: Hochverrat und schwerer Aufruhr, 22 Angeklagte. Sie sollen bei der Erlösung der Polizeiwache am Müggelamp beteiligt gewesen sein. Sie bestritten die Absicht, Keiner hätte gedacht, daß „etwas Außerordentliches“ passieren sollte. Nur die „politische Gefahr“ wollten sie bannen helfen. Sie haben auch sonst nichts von trotigen „Weltrevolutionären“ an sich.

Die Vernehmung der Angeklagten diente die „geistigen“ Waffen der Kommunisten bei der Werbung von Mitgliedern in Betrieben, in welchen sie dominieren, auf: Terror. Ein Anreger ist aus Unruh Mitalich bei den Rosslauern gemorden, ein anderer wollte nicht das Schicksal seines Vaters teilen, der die Kommunisten bei seiner Weigerung brütlos machten, usw.

Ein Trauerpiel im wahren Sinne des Wortes, bei dem die Schuldigen Zuschauer aus weiter Ferne sind. Sie haben sich gedrückt, als es nach Pulver und Zucht haus roch, und ihre Opfer ihrem Schicksal überlassen. Ueber solch gewissenlose Elemente sollten längst alle Arbeiter ihr Urteil gesprochen haben.

Das Hamburger Gericht hat am Freitag 30 Zeugen und Sachverständige vernommen. Das Urteil steht noch aus. —

Dollar Amtliche Notiz 4,2 Billionen

Der Franc fällt.

Der Dollar mußte am Freitag in Paris mit 20,53 Fr. gegen rund 18,50 Franc im Anfang des Jahres 1923 bezahlt werden. Das ist der tiefste Stand, den der Franc bisher erreicht hat.

Der Entwertungsprozeß der französischen Währung setzte sich im Laufe des Jahres 1923 ununterbrochen fort, ohne daß die häufigen Entwertungsaktionen der französischen Regierung, die u. a. im Februar, Mitte Oktober und Ende November unter Aufsicht großer Mittel erfolgte, dem Verfall Einhalt tun konnten.

Ein klarer Bild über die Entwicklung des französischen Wechselkurses ergeben die Notierungen der New Yorker Börse. Es wurden bezahlt für je 100 Franc im Januar 7,42 bzw. 5,71, im Februar 6,45 bzw. 6,11, im März 6,04 bzw. 6,65, im April 6,36 bzw. 6,78, im Mai 6,00 bzw. 6,68, im Juni 6,50 bzw. 6,05, im Juli 5,87 bzw. 5,82, im August 5,78 bzw. 5,58, im September 5,67 bzw. 5,05, im Oktober 5,08 bzw. 5,88, im November 5,87 bzw. 5,36, im Anfang Dezember 5,41, am 26. Dezember 5,00, am 29. Dezember 5,18, am 31. Dezember 5,09, am 2. Januar 1924 4,97 und am 3. Januar 4,90 Dollar. Der Rückgang des Franc beträgt also von Anfang Januar 1923 bis Anfang Januar 1924 rund 34 Prozent. In Frankreich hat die Vermehrung der Währung zu den uns bekannten Inflationserscheinungen: Preis-erhöhungen, Lohnbewegungen, Spekulationen, Untergaben der Währung usw. geführt.

Ueber die Gründe des Francsturzes ist viel geschrieben worden. Vor allem kommt als ausschlaggebender Grund die finanzielle Finanz- und Kreditwirtschaft in Frage, für deren Misserfolge nicht mehr das nötige Steuereinkommen vorhanden ist. Im übrigen hat Frankreich auch von dem Verlebensmittel, Kaugeld herausgegeben, reichlich Gebrauch gemacht. Dadurch hat sich der Zahlungsmittelumfang vergrößert, was zur Inflation führen kann.

Ein Teil der Pariser Presse versucht das Fallen auf Mandat der internationalen Bankwelt, vor allem auch der deutschen Finanz, zurückzuführen. Diesem Gerücht das Blatt der französischen Schwerindustrie, die „Journée industrielle“, mit großer Entschiedenheit entgegen, indem es nachweist, daß die Spekulation gegen den Franc unmöglich so große Erfolge haben können, wenn die wirklichen Ursachen und Wahrheiten nicht tiefer liegen. Die französische Währung falle, weil die Banken der ganzen Welt sich ihrer Frankenguthaben entäußerten. Das habe seine Ursache in dem erschütterten Vertrauen in die Solidität der Finanzgarantie der französischen Regierung. Die schwere Krise sei unüberwindlich, wenn nicht Regierung und Parlament den Mut besäßen, die unnützen Budgetausgaben, unter deren Gewicht Frankreich zusammenbrechen drohe, zu kürzen und neue Steuern in beträchtlicher Höhe zu bewilligen.

Das französische Finanzministerium hat für die nächste Woche die bekanntesten französischen Finanzmänner zu einer Konferenz zusammenberufen, die sich mit der Frage der Stabilisierung der Währung befassen soll. —

Notizen.

Aussperrung auf den Mannesmannwerken. In Düsseldorf hat die Leitung der Mannesmann-Röhrenwerke Abteilung Walzwerke, Rath, auf den Beschluß der freigewerkschaftlichen Metallarbeiter hin, nur 8 Stunden zu arbeiten und dann die Arbeitsstellen zu verlassen, bekanntgegeben, daß unter diesen Umständen die Aufrechterhaltung eines geordneten Betriebes unmöglich gemacht werde, und daß sich die Leitung des Werkes daher gezwungen sehe, den Betrieb vom 3. Januar an vollständig zu schließen und die gesamte Belegschaft fristlos zu entlassen. Auch die Vertreter des örtlichen und des hiesigen Dunderlöhner Metallarbeiterverbandes haben erklärt, daß sie sich dem Kampfe der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter anschließen. — Die Transportarbeiter in Düsseldorf haben einen Schiedsspruch über die Löhne für die letzten Dezember-Weekenden abgelehnt und die Arbeit niedergelegt. Der Verkehr in den genannten Zweigen ruht. —

Seine Wahlfreiheit in Bayern. Auf eine Anfrage, während der Wahlen der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben werde, erklärte der Minister des Innern, daß eine Aufhebung des Ausnahmezustandes nicht in Betracht komme, auch die volle Versammlungsfreiheit könne nicht gewährt werden. An Stelle der Genehmigungspflicht durch die Polizeibehörden trete eine Anzeigepflicht, wobei aber der Polizei selbstverständlich das Recht bleiben müsse, eine Versammlung zu verbieten, wenn dies zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung notwendig sei. —

Reichstagswahlen im Mai. Der „Demokratische Zeitungsdienst“ bezeichnet es als wahrscheinlich, daß die Reichstagswahlen im Mai stattfinden. Es sei auch möglich, daß eine vorzeitige Auflösung erfolge und daß die Neuwahlen dann sehr rasch anberaumt werden, da durch die Wahlgeschnelle die Fristen wesentlich verkürzt sind. —

Die rheinische Goldrentenbank gecheitert? Wie der Berichterstatter des „Echo de Paris“ meldet, hat die französische Regierung den Kommerzienrat Louis Hagen wissen lassen, daß sie die Bildung einer Emissionsbank in der von vorgeschlagener Form ablehnt. Von unterrichteter Seite wird diese Nachricht bestätigt. Die französische Regierung hat alle Bedingungen, welche die deutsche Regierung für die Genehmigung der rheinischen Goldrentenbank gestellt hat, abgelehnt. —

Wieder ein Landesverratsverfahren. Gegen das Organ der württembergischen Sozialdemokratie, die „Schwäbische Tagwacht“, ist auf Veranlassung des Oberreichsanwalts ein Ermittlungsverfahren wegen „Landesverrats“ eingeleitet worden, weil es seit längerer Zeit einen Artikel über Putzborereitungen in Hechingen gebracht hat. Es handelt sich um die gleichen Mitteilungen, wegen welcher das Verfahren gegen die Frankfurter „Volkstimme“ eingeleitet wurde. —

Von einem französischen Soldaten erschossen. In einer Wirtshaus in Sulzbach a. d. Saar kam am Donnerstagabend zu Streitigkeiten zwischen französischem Militär und Zivilisten, die sich später auf der Straße und im Vorraum des Bahnhofs fortsetzten. Einer der Soldaten gab aus seinem Revolver einige Schüsse auf die versammelte Menschenmenge ab, die einen Mann durch Herzschuß töteten und einen andern schwer verletzten. Eine Untersuchung ist eingeleitet worden. —

Depeschen.

Der Achtstundentag im Ruhrgebiet.

Wb. Köln, 5. Januar. Die „Stöltzische Zeitung“ meldet aus Essen: Nachdem über das Abkommen über die Arbeitszeit für Ueberzeitarbeiter vom 19. Dezember 1923 eine Einigung nicht erzielt war, fällt heute der Schlichtungsausschuß unter dem Vorsitz des Reichs- und Staatskommissars Nechlich folgenden Schiedsspruch:

1. Die Arbeitszeit für die an den Kesselfen beschäftigten Arbeiter beträgt insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstsichtzeit von 7 1/2 Stunden einschließlich des Sonntags. Sofern in die Sonntagsarbeit eine Pause eingelegt wird, liegt sie außerhalb der Sichtzeit, wird aber besonders bezahlt.

2. Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Betrieben beträgt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstsichtdauer von 7 1/2 Stunden in der Woche einschließlich des Sonntags.

3. Erklärungsfrist bis Dienstag den 8. Januar.

Der Schiedsspruch wurde gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter gefällt. Die Gewerkschaften werden voraussichtlich gegen die verlängerte Arbeitszeit Stellung nehmen.

In der Lohnfrage für dieselbe Arbeitergruppe wurde ebenfalls unter dem Vorsitz des Reichskommissars Nechlich ein Schiedsspruch gefällt, der bis auf weiteres ab 1. Januar d. J. einen Gesamtdurchschnittslohn von 4,20 Goldmark vorsteht. (Siehe heutige Leitartikel. Red.) —

Achtstundentags-Demonstration.

Wb. Düsseldorf, 5. Januar. Die Lage in der Düsseldorfer Metallarbeiterbewegung ist ziemlich unverändert. In den Betrieben, in denen überwiegend christlich organisierte Arbeiter tätig sind, wird gearbeitet, während in den Betrieben, in denen meist freigewerkschaftlich organisierte Arbeiter den Betrieb stillgelegt. Ein Teil der streikenden Metallarbeiter veranstaltete eine Straßenkundgebung, nachdem zuvor ein Redner aufgefordert hatte, am Achtstundentag feitzuhalten. Beim Arbeitsamt wurde eine Abordnung von Streikenden vorstellig, um die Forderung einer weiteren Unterstützung der Ausgesperrten zu unterbreiten. —

Der Zustand in Mexiko.

Wb. Washington, 5. Januar. Die Vereinigten Staaten haben an die Regierung Oregons in Mexiko 5000 Gewehre, 5 Millionen Patronen und 8 Flugzeuge verkauft. —

Wb. Galveston, 5. Januar. Nach einem Bericht des Hauptquartiers der Aufständischen in Veracruz befinden sich alle mexikanischen Petroleumgebiete in ihren Händen. —

Wb. London, 5. Januar. Neuer meldet aus El Paso in Texas, ein Dampfer der Aufständischen mit Vorräten und Truppen an Bord sei auf dem Wege nach Veracruz in den Felsen zwischen Progreso und Veracruz gestrandet. Mexikanische Schiffe seien zur Hilfeleistung unterwegs. —

Burg

Sehr preiswerte Angebote in unseren Abteilungen Konfektion und Putz.

Rudolph Karstadt Akt. Ges.

vom. Georg Wittkowsky

Burg

Um unserer Kundchaft das Anschaffen größerer Stücke zu erleichtern, werden Teilzahlungen gern gewährt.

Blusen

- Hemdblusen aus gestreiftem Baumw.-Flanell 2.70
- Blusen reine Wolle, nett garniert, einfarbig 5.75
- Blusen in gestreiftem und einfarb. Wollstoffen, hell u. dunkel 8.75
- Blusen in einfarb. Popeline und gestreiftem Wollstoffen 10.75

Kleider

- Cheviot, Gabardine, sehr hübsche Bezugs 24.-19.-14.-6.75 3.75

Putz

- Eleg. Damen-Hüte in Samt, Fanne und Filz, schwarz und farbig 4.00 an
- Einfarb. garnierte Damen-Hüte in vielen modernen Farben 3.95 2.75 1.75
- Moderne Filzformen ungarntiert, in verschiedenen Farben 2.50 1.50 0.95 0.75
- Kinder-Hüte in großer Auswahl
- Knaben- und Mädchen-Mützen aus u. d. Wolle, gestr. mod. Farben 1.45 0.95 0.75 0.45

Zämtliche noch am Lager befindliche Winter-Konfektion ist bedeutend im Preise ern.ünst.

Mäntel

- Damen-Mäntel gute mollige Stoffe 24.00 19.00 13.00 8.75
- Mädchen-Kleider und -Mäntel Gr. 80-100 7-7 4 55 von 7.50 4.90 3.90 an

Röcke

- Kleider-Röcke in glatten u. gestreift. Stoff 11.50 8.75 6.75 4.50
- Unterröcke halbtuch 5.75 3.95
- Unterröcke Tuch u. hübsch garniert, Belant 8.50 6.50

Siegfried Cohn

Weberei-Waren.

Breitweg 58-60.

Das Spezialhaus für Webereiwaren!



Das Haus der großen Leistungen

Das Haus für Qualitätswaren ::

Das Haus der niedrigen Preise ::



Inventur-Verkauf

ab Montag den 7. Januar cr.

Alle Abteilungen meines Hauses umfassend, verdient mein Inventur-Verkauf zwingende Beachtung als

günstigste Einkaufsgelegenheit des Jahres.

Kleiderstoffe

Inventurpreise	Goldmarkt
Ein Posten reinwollener Cheviots prima Qualität, größte schwere Ware, 130 cm bis 140 cm breit, 2,50 bis 3,50 Meter	3.20
Ein Posten erste schwere Qualität 130 cm breit, 2,50 bis 3,50 Meter	4.90
Ein Posten reinwollener Serges in den schönsten leicht, schw. ca. 105 cm breit, 2,50 bis 3,50 Meter	5.30
Ein Posten Monte-Klamotte nur in der Qualität, in schöner Farbe, 130 cm bis 140 cm breit, 2,50 bis 3,50 Meter	5.50
Ein Posten Streifenstoffe in Planel und unifarbenen Streifen 110 bis 120 cm breit, 1,50 bis 2,50 Meter	2.10
Ein Posten Stoffe in hell u. dunkel, ca. 105 cm breit, 1,50 bis 2,50 Meter	2.50
Ein Posten Büche-Stickerien alle Reibarten, 2. Klasse, 110 bis 120 cm breit, 0,12 bis 0,25 Meter	0.48
Ein Posten breite Stoff-Stickerien alle Reibarten, 2. Klasse, 110 bis 120 cm breit, 0,12 bis 0,25 Meter	1.75

Konfektion

Inventur-Preise	Goldmarkt-Preise				
Ein Posten Planel, Woll, Boile und Seidenblusen					
Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
1.90	2.90	3.90	4.50	5.50	6.90
Serie 7	Serie 8	Serie 9	Serie 10	Serie 11	Serie 12
8.50	9.80	11.00	13.80	16.50	19.50
Ein Posten Röcke					
Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
2.20	4.90	5.90	6.90	8.50	10.90
Ein Posten Jacketts, Woll und Seidenleider					
Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
5.90	9.80	12.50	16.50	19.50	25.50
Serie 7	Serie 8	Serie 9	Serie 10		
29.80	35.00	39.80	49.00		
Ein Posten Mäntel					
Serie 1	Serie 2	Serie 3	Serie 4	Serie 5	Serie 6
9.80	12.50	16.00	19.50	24.00	29.00
Ein Posten weiche Blusenmacher					
1.90					
Ein Posten Strickstoffe					
1.75 bis 8.50					
Ein Posten Garmenten (Häute u. Schell)					
3.25 bis 4.50					
Ein Posten Schleierstoffe					
10.50					

Baumwollwaren

Inventur-Preise	Goldmarkt
Ein Posten Hemdentuch ca. 80 cm breit, mittelfädig, starkfädig, vollständig für alle Wäschezwecke	0.75
Ein Posten Reinforcé ca. 80 cm breit, gute, inländische, einfache Posten Ware für bessere Leibwäsche	1.20
Ein Posten Linon ca. 80 cm breit, für Leib- und Bettwäsche (Leinwand)	1.05
Ein Posten Linon ca. 130 cm breit, für Bettwäsche (Leinwand)	1.85
Ein Posten geblickt Kreas ca. 80 cm breit, für vollgebleicht Leinen	1.90
ca. 130 cm breit	3.30
ca. 150 cm breit	4.25
ca. 160 cm breit	4.80
Ein Posten weiß Körperdament für Hemden und alle Reibgewebe	1.05
Ein Posten Handtuchstoff in Gerfentorn und Dreil 45-48 cm breit	0.65
Ein Posten weiß gestreift Satin für Beizebünde 90 cm breit	1.75
130 cm breit	2.85

Ein Posten Mäntel

Serie 1	2	3	4	5	6	7	8	9
9 ⁸⁰	12 ⁵⁰	16 ⁰⁰	19 ⁵⁰	24 ⁰⁰	29 ⁰⁰	35 ⁰⁰	39 ⁰⁰	49 ⁰⁰

Damen-Wäsche

Inventurpreise	Goldmarkt
Ein Posten Unterwäsche alle Sorten	1.75
Ein Posten Damenhemden alle Sorten	2.35
Ein Posten Unterwäsche alle Sorten	1.65
Ein Posten Damenhemden alle Sorten	2.50
Ein Posten Unterwäsche alle Sorten	1.25
Ein Posten Damenhemden alle Sorten	2.25
Ein Posten Unterwäsche alle Sorten	3.75
Ein Posten Damenhemden alle Sorten	5.50
Ein Posten Unterwäsche alle Sorten	4.50

Trikotagen

Inventurpreise	Goldmarkt
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	2.75
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	3.25
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	2.50
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	1.25
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	0.95
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	2.45
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	0.55
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	1.35
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	2.50
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	3.90
Ein Posten Strickwaren alle Sorten	0.95

Schürzen

Inventurpreise	Goldmarkt
Weiße Säubelschürze gestreift Batist in verschiedenen Ausführungen	0.75
Weiße Säubelschürze Batist, mit schöner Stickerei	1.25
Wiener Schürze aus gestreift. Stoff od blau mit weißen Punkten einfarbig belegt in Cas u. Säger	1.75
Wiener Schürze aus gestreift. Stoffen, mit Cas und Träger, mit schönen Stücken	2.35
Junpererschürze aus geb. linden Steinen oder blauweiß gepunkt. ohne weite Form	3.25
Blauen Schürze von gestreift. Stoffen, mit verschiedenen Beizen	2.50
Blauen Schürze Brandt, doppelseitig sehr praktisch	3.50
Ein Posten Kindererschürzen weiß u. blau gute Stoffe, für das Alter v. 5-14 Jahr, alle Gr.	0.95
Ein Posten Küchentücher aus besten Stoffen mit best. Beize, für das Alter v. 1-14 Jahr, alle Gr.	3.25
Ein Posten Stickerstoffe aus besten Stoffen, mit schön. Stickerei, alle Gr.	3.90